

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 59 (1980)
Heft: 4

Artikel: Konzept ohne Hoffnung : kritische Anmerkungen zu "Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept"
Autor: Kaufmann, Jürg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347694>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

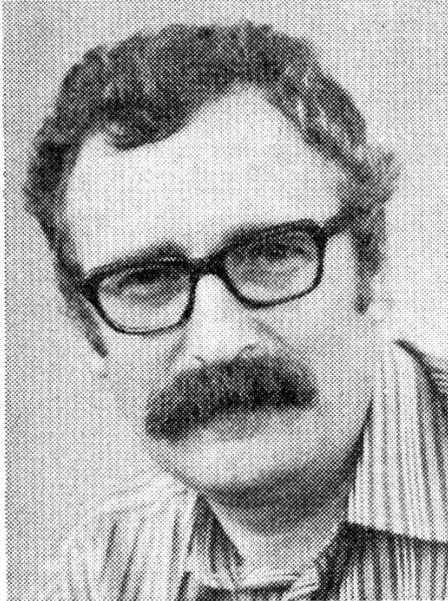
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Konzept ohne Hoffnung

Kritische Anmerkungen zu «Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept»



In den zwei Profilnummern 12/79 und 1/80 legt eine Studien- oder Arbeitsgruppe in zwei Teilen und acht Kapitel lang «Grundlagen für ein neues SPS-Wirtschaftskonzept» vor. Der Titel verspricht viel – Grundlagen –, der Auftraggeber – ein SPS-Parteitag – lässt aufhorchen, und wenn man im redaktionellen Vorspann gar vernimmt, Dr. Ursula Koch hätte in der Arbeits- und Studiengruppe als «Motor» gewirkt, dann steigt die Spannung des geneigten Lesers, und mit viel «Prinzip Hoffnung» versehen, stürzt er sich ins Leseabenteuer.

Doch von Abenteuer keine Rede! Es sei im voraus vermerkt: Da wird auf 315

Zeilen in einer Zeit unvorstellbaren Umbruchs in allen Lebensbereichen nichts, aber auch gar nichts geboten, was den Anspruch erheben dürfte, auf geistigem Neuland entstanden zu sein. Die Studie strotzt vor Phantasielosigkeit. Das wäre nicht schlimm, zeichnet sich doch unser Parteidenken zu oft dadurch aus, dass diejenigen, die wirklich nichts Neues zu sagen haben, es auch laut und deutlich zu vermelden verstehen und – Gott sei's geklagt – damit auch noch Resonanz erzeugen.

In einem ersten Kapitel «Auftrag und Vorgehen» steht der Satz: «Das Konzept soll mithelfen, dass aktuelle wirtschaftspolitische Fragen nicht mehr pragmatisch-hilflos, sondern aus einer grundsätzlich sozialistischen Sicht angegangen werden.» In diesem Satz wird ein Widerspruch konstruiert zwischen «pragmatisch» und «grundsätzlich sozialistisch». Dieser Gegensatz besteht nur in den Köpfen von Dogmatikern, die immer und immer wieder ins Hegel-Wort ausbrechen: «Desto schlimmer für die Wirklichkeit!» Das Pragmatische muss nicht von vornherein «hilflos» sein, und das was «grundsätzlich sozialistisch» sein soll, das ist bis heute ungeklärt. Nehmen die Verfasser für sich in Anspruch, aus «grundsätzlich sozialistischer Sicht» heraus geschrieben zu haben und fürderhin auch dafür verantwortlich zu sein, was dieser «grundsätzliche Sozialismus» zu sein hat? Für letzteres bedanke ich mich, und es wird «Grundsatz-Sozialisten» geben, die absprechen, dass das vorliegende Konzept «grundsätzlich sozialistisch» sein soll...! Die Verfasser hätten gut getan, offen und ehrlich

zu erklären, dass es den sozialistischen Stein der Weisen, den sie verschämt als «grundsätzlich sozialistische Sicht» umschreiben, *ganz einfach nicht gibt*. Wir haben die Wahrheit so wenig wie alle andern – wir sollten uns nur bemühen, sie vielleicht etwas grundsätzlicher als viele andere zu suchen . . .

Im zweiten Kapitel werden die «Grundprobleme des heutigen Systems» untersucht, und zwei weitere kritische Abschnitte sind betitelt mit «Bruch mit dem Kapitalismus?» und «Die Haltung der SP in den letzten dreissig Jahren».

Wie sieht es aus mit dieser doch hoffentlich grundsätzlichen Kritik? Mit Recht lautet der erste Satz «In den westlichen Industrieländern sind Millionen arbeitslos», und man wagt schon zu hoffen, jetzt würde dieses Problem endlich einmal in neuer Grundsätzlichkeit angegangen. Doch weit gefehlt! Da ist von der Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen die Rede, da malt man die düsteren Perspektiven der achtziger Jahre (Energiekrise usw.) an die Wand, ohne sich endlich auf dem Sektor Arbeitsplatz auch einmal ganz nüchtern die Frage nach der Qualität dieser Arbeitsplätze zu stellen. Erhaltung von Arbeitsplätzen! Das ist ein recht schönes Schlagwort, muss aber auf seinen Gehalt überprüft werden: Was für Arbeitsplätze wollen wir erhalten? Vielleicht Fließbandarbeitsplätze? Arbeitsplätze in sinnentleerten Konsumpalästen? Diese Fragen wären am Platz gewesen, um so mehr als die Verfasser selbst einige Zeilen weiter unten beklagen, wie die «sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz verkrüppeln . . .» Wer diese gefährliche Sinnentleerung am Arbeitsplatz beklagt, kann nicht im selben Atemzug lamentieren über das «Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen», ohne den Gedanken *mit konkreten Beispielen* weiterzuverfolgen. Und hier stossen wir auf den Hauptmangel der vorliegenden Arbeit und *auf den grössten Fehler in unserer Parteiarbeit* überhaupt. Indem wir allgemein formulierte Aussagen zu gewichtigen Programmpunkten emporstilisieren, gerät unser Gesamtprogramm, wenn man nicht aus der Wirklichkeit dauernd den konkreten Fall als Prüfstein der allgemeinen Aussage heranzieht, immer mehr zu einem unübersichtlichen *Sammelsurium von Zielkonflikten*, mit denen der Politiker der Praxis nichts, aber auch gar nichts anfangen kann. Diese Tatsache wird dann sofort als Untreue dem Programm gegenüber schärfstens kritisiert. Es erübrigt sich, in diesem Zusammenhang auf einen Katalog von konkreten Fällen einzutreten, ein Beispiel sei aber gestattet: In einer Stadt ist es zum Programmpunkt Nummer eins geworden, für einige Tausend mehr Einwohner neuen Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Wer diesen programmatisch sicher vertretbaren Wunsch mit dem Energieproblem in Zusammenhang zu bringen wagt, wird sofort verdächtigt, dieses Programm oder unsere SP-Energiepolitik nicht ernst zu nehmen. Im schlimmsten Falle wird dem Fragenden unterstellt, die Parteiorgane lächerlich zu machen . . .

Solche Beispiele liessen sich auf dem Felde der Finanzpolitik, der Ver-

kehrspolitik und der Siedlungspolitik aufzeigen. Ursache solcher Konflikte sind immer Aussagen, die mit der Wirklichkeit nichts zu tun haben und leider auch nichts zu tun haben wollen. Dazu gehört, dass man ungeliebte Wahrheiten verdrängt: Was nützt es, wenn man heute noch lamentiert über unsere «unterentwickelte Demokratie», die am Arbeitsplatz nicht stattfindet? In diesem Bereich sind zwei Analysen fällig: 1. Warum hat der Souverän – die Basis – unsere Mitbestimmungsinitiative abgelehnt? 2. Gibt es vielleicht Betriebe in der Schweiz, die so etwas wie Mitbestimmung kennen? Es ist doch eine Binsenwahrheit, dass man nicht behaupten kann, dass sämtliche Betriebe in der Schweiz diesem Schema «Demokratie hört auf dem Arbeitsplatz» entsprechen. Von einer Arbeitsgruppe, die «Grundlagen für ein neues Wirtschaftskonzept» vorlegen will, dürfte man verlangen, dass sie mit ausgewählten Beispielen das Problem «Demokratie am Arbeitsplatz» darstellt.

Im Abschnitt «Die Haltung der SP in den letzten dreissig Jahren» verlässt die Studiengruppe den Pfad der wirksamen Halbwahrheit und setzt blanken Unsinn in die Welt. Nehmen wir den ersten Satz unter die Lupe: «In der Nachkriegszeit orientierte sich die SP vorwiegend am (von den Bürgerlichen umschriebenen!) ‚Gesamtwohl‘.» Es ist nun schlicht die Unwahrheit selbst, wenn da behauptet wird, der Begriff «Gesamtwohl» sei von den Bürgerlichen umschrieben worden; jeder nur halbwegs mit der Geschichte der Arbeiterbewegung Vertraute weiss nur zu gut, dass «Gesamtwohl» nur aus einer stetigen, harten Auseinandersetzung der politischen Hauptgegner in unserem Lande entstand. Dieses Gesamtwohl stand nirgends als ein papierner Fetisch in einem bürgerlichen Gebetbuch – es manifestierte sich in erster Linie als konkreter Wille einer politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterbewegung. Wir können nichts dafür, dass weder die Verfasser der Studie noch meine Person an diesen Kämpfen teilnehmen konnten – die Resultate haben wir aber allesamt recht gerne entgegengenommen, auch wenn wir heute merken, dass damit auch Negatives eingehandelt worden ist. Es ist aber billige Geschichtskritik, wenn man den berechtigten Wunsch der Arbeiterschaft, es etwas besser zu haben, abtut mit Sprüchen wie «Weil aber die SP ihre alten theoretischen Konzepte immer mehr zugunsten eines pragmatischen Umverteilungs-Sozialismus über Bord warf, musste sie zur zuverlässigen Mitstreiterin der kapitalistischen Ordnung werden, in welcher sie das Ressort für Soziales betreute. In diesem Sinne war die SP auch bereit, bürgerliches Gedankengut in die Arbeiterschaft einzuschleusen.» Aus diesen Zeilen spricht entweder Unkenntnis der geschichtlichen und wirtschaftlichen Situation von damals oder sie sind Ausdruck der heute so breitgestreuten bürgerlichen Geisteshaltung des Überdrusses an allem.

Wenn die Verfasser der SP zum Vorwurf machen, sie hätte «ihre alten theoretischen Konzepte» über Bord geworfen, dann darf man ja doch wohl annehmen, dass die Verfasser aufgrund dieser «alten theoretischen

Konzepte» noch zu arbeiten und zu denken bereit sind. Dann sollten sie aber auch den dialektischen Prozess der Aufnahme von bürgerlichem Gedankengut verstehen und müssten dann auch noch bereit sein, den Begriff des «Bürgerlichen» in seiner Doppelheit (citoyen – bourgeois) darzulegen. Mit solchen Begriffen einfach um sich zu werfen, zeugt nicht von «alten theoretischen Konzepten», die von unseren Parteivätern aus dem einfachen Grund verlassen werden konnten, weil sie sie genau studiert hatten. Den Verfassern ist der gute Rat zu geben, neben allen Vorwürfen an unsere Parteiväter und -grossväter zur Kenntnis zu nehmen, dass diese neben Fehlern auch recht viel Gutes hatten und namentlich die Parteischulung und das autodidaktische Arbeiten am geistigen Konzept um vieles ernster nahmen als wir. Ich sitze da mit den Verfassern im gleichen Boot und sage es ganz selbstkritisch: Unsere neulinke Bewegung hat an theoretischer Arbeit keine 10 % dessen geleistet, was in der Zwischenkriegszeit (denken wir an Grimm!!) oder in den ersten Nachkriegsjahren (Die neue Schweiz, u. a. m.) an Denkerischem geleistet worden ist.

*Wenden wir uns dem Abschnitt II aus dem Profil Nr. 1/80 zu, wo in vier Kapiteln der Versuch unternommen wird, Material zu einem neuen Wirtschaftskonzept vorzuweisen. Hören wir uns den Prolog an, der unter dem hohe Erwartungen weckenden Titel «Grundsätzliche Vorstellungen zu einem sozialdemokratischen Wirtschaftskonzept» steht: «Ein SP-Wirtschaftskonzept hat sich an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus zu orientieren: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität.» An diesen Grundwerten orientiert sich – mit Verlaub – auch ein x-beliebiger Unternehmer, der am 14. Juli mit Genuss eine Flasche besonders guten Bordeaux entkorkt. Er wird *andere Einschränkungen* machen, namentlich im Bereiche der Freiheit, und die Verfasser des Profil-Artikels machen solche Einschränkungen selbstverständlich auch, denn Freiheit heisst für sie nach vernünftigen Grundsätzen nicht «Freiheit auch für den Unternehmer. Was sollen also diese Schlagworte aus dem Katechismus für naive Politstreiter? Hören wir weiter: «Daraus folgt die Forderung nach freier Entfaltung und nach Selbstverwirklichung aller Menschen und die Ablehnung jeder Form der Unterdrückung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Aufgrund der oben (gemeint ist Teil I) geschilderten Problemlage ist davon auszugehen, dass das heutige Wirtschaftssystem diese Forderungen nicht erfüllt und auch nicht erfüllen kann.»*

Nach dem Erbauungssatz, der auf zu vielen Fahnen steht, kommt mit dem Rückweis auf die doch eher unhaltbare Kritik der eindeutig dogmatische Ansatz «es ist davon auszugehen». Welche Teile unseres heutigen Wirtschaftssystems erfüllen diese Forderungen nicht? Welche von diesen können und welche wollen sie nicht erfüllen? Das wären kritische Fragen, die zu einigermaßen schlüssigen Antworten führen könnten. Aber ich habe den Verdacht, dass man solche Antworten gar nicht wollte. Man

orientierte sich an einem Zerrbild: «In einer sozialistischen – das heisst menschlicheren und demokratischeren – Gesellschaft müssen Produktion, Produktionsweise und deren Entwicklung allen Menschen gerecht werden.» Ob es auf der Welt irgend etwas gibt, das allen Menschen gerecht wird, das darf mit Fug und Recht jedermann bezweifeln. Die Verfasser hätten sich doch redlicher Weise fragen müssen: «Gerecht in welchem Sinne, gerecht nach welchen Bedürfnissen?» Dann hätten sie gemerkt, dass sie auf dem Holzweg sind, aber Holzwege sind ja so romantisch . . .

In diesem Stil geht es weiter, und die letzten drei Kapitel lassen dann den plötzlich konkret gewordenen Stein der Weisen in Form von einigen Schlagworten aus der Wundertüte: «Die Idee der Selbstverwaltung als Eckpfeiler einer menschengerechten Wirtschaftsordnung», «Rahmenplan», «Vollbeschäftigung», «soziale Sicherheit und Umweltstabilisierung».

Diese Rezepte zeigen, dass den Verfassern eines «neuen Wirtschaftskonzepts» nichts Neues unter dieser Sonne eingefallen ist. Sie sind jeder Detailarbeit tunlichst aus dem Wege gegangen, haben jeden konkreten Fall vermieden, wie der Teufel das Weihwasser, und zu diesem Vorwurf kann ich es dem geduldigen Leser nicht ersparen, auf das Beispiel «Selbstverwaltung» hinzuweisen. Man mag in diesem kurzen Abschnitt den Fall Jugoslawien vor Augen gehabt, aber genau gewusst haben, dass dieses Beispiel nach deutlicher Prüfung nicht anwendbar ist, genau so wenig anwendbar wie die sicher notwendigen und in einem anderen Sinne beispielhaften Kommunebetriebe. Kernsätze wie: «innerhalb der selbstverwalteten Einheiten verfügen die Betroffenen über die Entscheidungsgewalt. Dennoch ist es in der Regel notwendig, gewisse Befugnisse nach ‚oben‘ zu delegieren», geben Zeugnis ab über das heillose Dilemma, in dem sich Parteitheoretiker befinden, wenn sie von dogmatischen Voraussetzungen ausgehen. Nur noch eine Frage: Was versteht Ihr denn unter dem «oben», das Ihr in aller Naivität in Führungszeichen setzt? Sollen diese anführen, dass es das «oben» nicht gibt, in Eurer Vision nicht geben darf, oder dass man es einfach braucht, es aber täglich bereut, dass man es brauchen muss? Im letzten Fall gleicht Ihr den Heerscharen heutiger Konsumenten, die ihre Käufe immer wieder mit Lust tätigen, um sie handkehrum tiefstens zu bereuen. Oder steht dieses «oben» nur in Führungszeichen, weil man im kritischen ersten Teil vermerkte: «unser Leben wird immer mehr von einer allgegenwärtigen Elite bestimmt»? Dann wären die Führungszeichen so etwas wie Feigenblätter und somit Resultat einer ersten Selbstprüfung. Das wenigstens lässt hoffen, und den Verfassern sei ein schöner Satz von Fontane zgedacht, bevor sie weitere Untersuchungen im eigenen Seelenbereich anstellen:

«Unsere Prinzipien dauern gerade so lange, bis sie mit unseren Leidenschaften oder Eitelkeiten in Konflikt geraten, und ziehen dann jedesmal den kürzeren.»